

**Öffentliche Niederschrift über die
42. Sitzung des Kreisausschusses (11. Wahlzeit)
des Landkreises Trier-Saarburg
am 06.02.2023 im Sitzungssaal der Kreisverwaltung in Trier.**

Beginn: **17:02** Uhr

Ende: **19:05** Uhr

Anwesenheit

Vorsitz

Herr Stefan Metzdorf

Mitglieder

Herr Wolfgang Benter

Herr Boris Bulitta

Frau Stephanie Freytag

Herr Bernhard Henter

Herr Michael Holstein

Herr Dieter Klever

Frau Dr. Kathrin Meß

Frau Stephanie Nickels

Herr Claus Piedmont

Herr Paul Port

Herr Lars Rieger

Frau Marianne Rummel

Frau Ingeborg Sahler-Fesel

Herr Achim Schmitt

Vertretung für Herrn Arnold Schmitt
bis 18:41 Uhr (TOP 10)

bis 17:59 Uhr (TOP 8/ 9)

Vertretung für Herrn Markus Thul

Vertretung für Herrn Lothar Rommelfan-
ger

Herr Joachim Trösch

mit beratender Stimme

Herr Erster Kreisbeigeordneter Alfons

Peter Rodens

Frau Kreisbeigeordnete Kathrin Schlöder

Verwaltung

Herr Jonas Angel

Frau Julia Bieck

Herr Joachim Christmann

Herr Norbert Etringer

Herr Christoph Fuchs

Herr Eric Jakobs

Abteilung 15 - Brand-, Katastrophen-
schutz und Rettungsdienst

Leiterin Stabsstelle Kreisentwicklung und
Klimaschutz

Leiter des Geschäftsbereichs II

Leiter der Abteilung 5 - Schulen und Bil-
dung

Leiter des Geschäftsbereichs V

Abteilung 15 - Brand-, Katastrophen-
schutz und Rettungsdienst

Herr Thomas Müller
Herr Rolf Rauland
Frau Helena Schares
Frau Hannah Schmitz
Herr Stephan Schmitz-Wenzel
Frau Cornelia Strupp

Frau Judith Waibel

Gäste

Herr Christian Kremer
Herr Thorsten Petry
Herr Frank Rohde

Leiter des Büro des Landrates
Leiter des Geschäftsbereichs IV
Büro des Landrates - Pressestelle
Büro des Landrates - Pressestelle
Leiter des Geschäftsbereichs III
Stabsstelle Kreisentwicklung und Klimaschutz
Leitung der KVHS

Trierischer Volksfreund
BKI
stellv. BKI

nicht anwesend:

Mitglieder

Herr Lothar Rommelfanger	entschuldigt
Herr Arnold Schmitt	entschuldigt
Herr Markus Thul	entschuldigt

mit beratender Stimme

Herr Kreisbeigeordneter Lutwin Ollinger	entschuldigt
---	--------------

Zur Geschäftsordnung

Der **Landrat** eröffnet die heutige Sitzung des Kreisausschusses und begrüßt herzlich dazu die Mitglieder, die Verwaltung sowie die Gäste. Ferner weist er auf die getroffenen Hygienemaßnahmen hin.

Einwendungen gegen Form und Frist der Einladung gibt es nicht.

Im nichtöffentlichen Teil der Sitzung schlägt der **Landrat** zu Beginn vor, die Tagesordnung um folgende Tagesordnungspunkte zu reduzieren:

- „Konzept und Förderungsrichtlinie der Schulsozialarbeit an den Gymnasien und Förderschulen im Landkreis Trier-Saarburg“ (TOP 8 der Einladung)
- „Fortführung der Fachstellen in der sozialen Arbeit an Schulen nach dem Auslaufen des Aufholprogramms nach Corona ab Mai 2023“ (TOP 9 der Einladung)

Der **Kreisausschuss** stimmt der Reduzierung der Tagesordnung gemäß § 27 Abs. 7 Nr. 2 LKO zu.

Es bestehen keine weiteren Änderungen, somit wird die Tagesordnung wie nachfolgend dargestellt abgewickelt.

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

2. Auftragsangelegenheiten

2.1. DigitalPakt Schule 2019-2024: Auftragsvergabe Planungsleistungen für die Gebäudeverkabelung an 9 kreiseigenen Schulen; Vorlage: 0031/2023/1

3. Satzungsänderung KVHS; Vorlage: 0519/2022/1

4. Annahme einer Spende; Vorlage: 0028/2023

5. Förderung des Vereins "Lokales Bündnis für Familie Saarburg-Kell e.V. als Träger des Mehrgenerationenhauses Saarburg; Vorlage: 0012/2023

6. Förderung der Pfarrei St. Franziskus als Träger Mehrgenerationenhaus Johanneshaus Hermeskeil; Vorlage: 0011/2023

7. Beirat für psychische Gesundheit der Stadt Trier und des Landkreises Trier-Saarburg; Vorlage: 0015/2023

8. Unterstützung der Kommunen durch zusätzliche Mittel des Klimaschutzministeriums für den Klimaschutz (Antrag der Bündnis 90/ Die Grünen-Kreistagsfraktion vom 16.12.22); Vorlage: 0047/2023

9. Beitritt in den Kommunalen Klimapakt Rheinland-Pfalz (Antrag der Bündnis 90/ Die Grünen-Kreistagsfraktion vom 16.12.22); Vorlage: 0048/2023

10. Brand- und Katastrophenschutz - Information Sachstand Führungs- und Lagezentrum, Fahrzeugkonzept des Kreises und Planung eines WLF-Standortes in Newel; Vorlage: 0016/2023

11. Informationen und Anfragen

Öffentlicher Teil

2. Auftragsangelegenheiten

2.1. DigitalPakt Schule 2019-2024: Auftragsvergabe Planungsleistungen für die Gebäudeverkabelung an 9 kreiseigenen Schulen; Vorlage: 0031/2023/1

Protokoll:

Der **Landrat** verweist auf die Beschlussvorlage der Verwaltung.

Seitens des **Kreisausschusses** bestehen keine Fragen. Sodann fasst er folgenden Beschluss.

Beschluss:

Der Kreisausschuss beschließt, den Auftrag für die Planungsleistungen für die Gebäudeverkabelung an 9 kreiseigenen Schulen im Rahmen des DigitalPakt Schule 2019 – 2024 an das Ingenieurbüro ETB – Consulting, Max-Planck-Str. 8, 54296 Trier, zu vergeben.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

3. Satzungsänderung KVHS; Vorlage: 0519/2022/1

Protokoll:

Landrat **Metzdorf** verweist auf die Beschlussvorlage der Verwaltung.

Auf Rückfrage des Fraktionsvorsitzenden **Henter** (CDU) hinsichtlich von Handlungsanweisungen seitens des Landes erklären der **Landrat** und Geschäftsbereichsleiter **Rauland**, dass es eine solche rechtlich verbindliche Anweisung zum Gendern von Gesetzestexten derzeit nicht gebe. Sie sichern zu, dass die Verwaltung die Satzung bis zur Kreistagssitzung am 22.02.23 sprachlich überarbeitet.

Seitens des **Kreisausschusses** bestehen keine weiteren Fragen. Sodann fasst er folgenden Beschluss.

Beschluss:

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag auf Grundlage der zur Vorlage beigefügten Synopse eine Satzungsänderung in den angeführten Punkten zum 01.08.2023 zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

4. **Annahme einer Spende; Vorlage: 0028/2023**

Protokoll:

Der **Landrat** verweist auf die Beschlussvorlage der Verwaltung.

Seitens des **Kreisausschusses** bestehen keine Fragen. Sodann fasst er folgenden Beschluss.

Beschluss:

Der Kreisausschuss stimmt der Annahme der angebotenen Spende in Höhe von 5.000,00 € gem. § 58 Abs. 3 der Landkreisordnung (LKO) zu.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

5. **Förderung des Vereins "Lokales Bündnis für Familie Saarburg-Kell e.V. als Träger des Mehrgenerationenhauses Saarburg; Vorlage: 0012/2023**

Protokoll:

Der **Vorsitzende** verweist auf die beiden Beschlussvorlagen zum Mehrgenerationenhaus Saarburg und zum Mehrgenerationenhaus Hermeskeil. Einen Dank für die geleistete Arbeit vor Ort richtet er an die Mitarbeiter:innen.

Nachdem sich Kreisausschussmitglied **Freytag** (SPD) als befangen gemäß § 9 GeschO i. V. m. § 16 LKO meldet, wird festgestellt, dass es sich bei der einfachen Vereinsmitgliedschaft nicht um ein Tatbestandsmerkmal für einen Ausschlussgrund der genannten Rechtsgrundlagen handelt.

Geschäftsbereichsleiter **Christmann** führt weitere Details über die Vorlage auf.

Fraktionsvorsitzender **Henter** (CDU) merkt an, dass die CDU-Kreistagsfraktion grundsätzlich zustimmen werde. Im Rahmen des Gleichheitsgrundsatzes müssten alle Verbandsgemeinden über diesen Zuschuss des Landkreises informiert werden, um ggf. ähnliche Konzepte vorlegen zu können.

Der Ursprung dieses Konzeptes liege im Modellvorhaben für Raumordnung (MORO), so Geschäftsbereichsleiter **Christmann**. In der Vergangenheit seien einige Gespräche geführt worden. Übliche Praxis für die Umsetzung sei gewesen, dass bei Vorlage eines vergleichbaren Konzeptes, der Kreistag die Förderung beschließen konnte. Die Verwaltung stimme diesem Ansinnen zu. Er bitte jedoch, im Falle einer solchen Zustimmung, dass künftig entsprechende Kriterien festgelegt werden sollten.

Auch die SDP-Kreistagsfraktion werde dieser Angelegenheit zustimmen, gibt die Fraktionsvorsitzende **Sahler-Fesel** (SPD) bekannt. Ferner finde sie die Idee mit dem Kriterienkatalog sinnvoll. Die Verbandsgemeinden sollten über diese Förderung informiert werden.

Fraktionsvorsitzende **Dr. Meß** (Die Linke) berichtet, dass die Arbeit der Mehrgenerationenhäuser umfassender sei, als in den Vorlagen dargestellt.

Kreisausschussmitglied **Port** (Bündnis 90/ Die Grünen) gibt für seine Fraktion an, dass sie ebenfalls zustimmen werde. Es handle sich allerdings um unterschiedliche Träger der Häuser.

Nach einer Anmerkung der Fraktionsvorsitzenden **Dr. Meß** (Die Linke) antwortet Geschäftsbereichsleiter **Christmann**, dass sich in den letzten Jahren seitens der Kirche einiges im Bereich der Arbeitsverträge gewandelt habe. Die Struktur sei jedoch die gleiche geblieben. Die Pfarrgemeinde bleibe weiterhin Träger.

Seitens des **Kreisausschusses** bestehen keine weiteren Fragen. Sodann fasst er folgenden Beschluss.

Beschluss:

Der Kreisausschuss beschließt unter Fortsetzung der bisherigen institutionellen Förderung des Vereins „Lokales Bündnis für Familie e.V. Saarburg - Kell“ als Träger des Mehrgenerationenhauses Saarburg in Höhe von jährlich 20.000 Euro die pauschale Förderung einer 0,5 VZÄ Personalstelle nach EG 10, fiktive Stufe 3,5 (für das Jahr 2023 inkl. 5 % Tarifsteigerung voraussichtlich 37.770,34 Euro).

Förderzeitraum für beide Förderbestandteile soll 2023 bis 2027 sein.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

6. Förderung der Pfarrei St. Franziskus als Träger Mehrgenerationenhaus Johanneshaus Hermeskeil; Vorlage: 0011/2023

Protokoll:

s. Protokoll zu TOP 5.

Beschluss:

Der Kreisausschuss beschließt unter Fortsetzung der bisherigen institutionellen Förderung der Pfarrei St. Franziskus als Träger des Mehrgenerationenhauses Johanneshaus Hermeskeil in Höhe von jährlich 20.000 Euro die pauschale Förderung einer 0,5 VZÄ Personalstelle nach EG 10, fiktive Stufe 3,5 (für das Jahr 2023 inkl. 5 % Tarifsteigerung voraussichtlich 37.770,34 Euro).

Förderzeitraum für beide Förderbestandteile soll 2023 bis 2027 sein.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

7. **Beirat für psychische Gesundheit der Stadt Trier und des Landkreises Trier-Saarburg; Vorlage: 0015/2023**

Protokoll:

Der **Landrat** verweist auf die Beschlussvorlage der Verwaltung.

Nach der Bitte der Fraktionsvorsitzenden **Sahler-Fesel** (SPD) erläutert Geschäftsbereichsleiter **Christmann** die Arbeitsweise des Beirats für psychische Gesundheit.

Kreisausschussmitglied **Rummel** (Bündnis 90/ Die Grünen) teilt mit, dass aus ihrer Sicht ein Vertreter der Polizei in diesem Gremium fehle.

Landrat **Metzdorf** und Geschäftsbereichsleiter **Christmann** zeigen sich aufgeschlossen gegenüber dieser Anregung. Sie sagen zu, diese Anregung mit Vertretern der Polizei zu reflektieren und sie ggf. in den Beirat aufzunehmen.

Seitens des **Kreisausschusses** bestehen keine weiteren Fragen. Sodann fasst er folgenden Beschluss.

Beschluss:

Der Kreisausschuss beruft die in der Anlage zur Vorlage aufgeführten Mitglieder in den „Beirat für psychische Gesundheit der Stadt Trier und des Landkreises Trier-Saarburg“.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

8. **Unterstützung der Kommunen durch zusätzliche Mittel des Klimaschutzministeriums für den Klimaschutz (Antrag der Bündnis 90/ Die Grünen-Kreistagsfraktion vom 16.12.22); Vorlage: 0047/2023**

Protokoll:

Der **Landrat** verweist auf die beiden Vorlagen zu den Anträgen der Bündnis 90/ Die Grünen-Kreistagsfraktion.

Nach der Begründung der Anträge durch den Fraktionsvorsitzenden **Bulitta** (Bündnis 90/ Die Grünen) weist Landrat **Metzdorf** auf die Anlagen zu den Vorlagen hin. Demnach handle es sich um eine Positiv- und eine Negativliste, die beraten werden können.

Fraktionsvorsitzende **Sahler-Fesel** (SPD) betont, dass es sich insgesamt um eine gute Sache handle. Sie lege Wert darauf, den Umweltausschuss bei dieser Angelegenheit als zuständigen Fachausschuss in das Verfahren einzubinden.

Die CDU-Kreistagsfraktion befürworte ebenfalls diese Anträge, so der Fraktionsvorsitzende **Henter** (CDU). Die vom Land bereitgestellten finanziellen Mittel

könne der Landkreis für die aufgeführten Projekte gut verwenden.

Der **Landrat** merkt an, dass die Verwaltung noch prüfen müsse, ob es ggf. förderschädlich sei, wenn mehrere Projekte parallel entwickelt würden. Ferner spielen die Regionalwerke Trier-Saarburg (RTS AöR) in Zusammenarbeit mit der SWT AöR eine Rolle, um die Wertschöpfung und Weiterentwicklung im Landkreis voranzutreiben.

Aus Sicht von Kreisausschussmitglied **Port** (Bündnis 90/ Die Grünen) sei es sinnvoll, einen Empfehlungsbeschluss an den Kreistag zu fassen. Er stimme zu, dass der Umweltausschuss sich mit dieser Thematik befassen müsse.

Nach der Anmerkung des **Vorsitzenden**, dass es in der heutigen Sitzung um eine grundsätzliche Information der Kreisausschussmitglieder gegangen sei, teilt Kreisausschussmitglied **Trösch** (BfB) mit, dass zunächst die konkreten rechtlichen Regelungen abgewartet werden sollen, bevor der Umweltausschuss, der nach der Meinung der Fraktionsvorsitzenden **Dr. Meß** (Die Linke) zu selten tage, sich damit befasse.

Die **Anwesenden** sind sich im Folgenden einig, dass zunächst der Umweltausschuss als Fachgremium über diese Angelegenheit beraten soll, bevor ein Beschluss im Kreistag im März gefasst wird.

Seitens des **Kreisausschusses** bestehen keine Fragen. Sodann fasst er folgenden Beschluss.

Beschluss:

Der Kreisausschuss nimmt die Ausführungen zur Kenntnis und spricht sich für eine Teilnahme an dem neuen Förderprogramm des Landes zur Unterstützung der Kommunen bei der Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen aus.

Er empfiehlt dem Kreistag, die Antragstellung auf Pauschalförderung im Rahmen des Kommunalen Investitionsprogramms Klima und Innovation (KIPKI) zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

9. Beitritt in den Kommunalen Klimapakt Rheinland-Pfalz (Antrag der Bündnis 90/ Die Grünen-Kreistagsfraktion vom 16.12.22); Vorlage: 0048/2023

Protokoll:

s. Protokoll zu TOP 8.

Beschluss:

Der Kreisausschuss nimmt die Ausführungen zur Kenntnis und begrüßt einen Beitritt des Kreises zum Kommunalen Klimapakt RLP.

Er empfiehlt dem Kreistag, den Beitritt des Landkreises Trier-Saarburg zum

Kommunalen Klimapakt RLP zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

10. Brand- und Katastrophenschutz - Information Sachstand Führungs- und Lagezentrum, Fahrzeugkonzept des Kreises und Planung eines WLF-Standortes in Newel; Vorlage: 0016/2023

Protokoll:

Der **Landrat** verweist auf die Vorlage der Verwaltung und begrüßt die beiden Brand- und Katastrophenschutzinspektoren (BKI), Herrn Thorsten Petry und Herrn Frank Rohde.

Weitere Ausführungen erfolgen durch den BKI **Petry**.

Auf Rückfrage von Kreisausschussmitglied **Rieger** (CDU) erklärt BKI **Petry**, dass kleinere Änderungen in verschiedenen Bereichen, wie z. B. durch die Trockenperioden im Sommer angegangen werden müssen. Ferner fährt er fort, dass der Standort Newel nicht von der weiteren Planung ausgeschlossen sei. Sie seien im ständigen Austausch mit den Wehrleitern und den Hilfsorganisationen. Auch mit den Nachbarlandkreisen gebe es einen sehr guten Austausch.

Weiterhin fährt BKI **Petry** fort, dass der Katastrophenschutz überörtlich gestärkt werden müsse. Die Landkreise müssten untereinander Hilfe im Ernstfall leisten können, ohne dass sie sich selber dadurch zu sehr einschränken. In den vorliegenden Konzepten seien aus seiner Sicht einige positive Aspekte niedergeschrieben. Ziel sei es, ein neues Konzept bis zum Sommer 2023 zu erarbeiten und es erneut dem Kreisausschuss vorzustellen.

Den inzwischen geänderten Rahmenbedingungen gelte es Rechnung zu tragen, merkt Landrat **Metzdorf** an.

Nach Angaben des Fraktionsvorsitzenden **Holstein** (FWG) liege für das Wechselladerkonzept nicht die Flutkatastrophe im Jahr 2021, sondern bereits ein Starkregenereignis im Jahr 2018 zugrunde. Darin festgehalten worden sei, dass 2 Fahrzeuge links und 2 Fahrzeuge rechts der Mosel stationiert sein sollten. Die Förderung seitens der ADD Trier von lediglich 3 Fahrzeugen sei nichts Neues und in dieser Form kommuniziert worden. Seitens der Enquête-Kommission des Landes gebe es Handlungsempfehlungen. Die Entscheidung über diese Angelegenheit liege bei den politischen Gremien. Die Wehrleiter stehen im ständigen Austausch mit der Verwaltung. Es handle sich insgesamt um eine ständige Aufgabe des Landkreises.

Fraktionsvorsitzende **Sahler-Fesel** (SPD) weist darauf hin, dass es in der heutigen Sitzung lediglich um die Aussetzung eines letztjährig gefassten Beschlusses gehe. Bis zum Sommer 2023 solle ein ganzheitliches Konzept von den BKI erarbeitet werden. Zu diesem Zeitpunkt könne dann ein gemeinschaftlicher Be-

schluss gefasst werden. Die Nicht-Beteiligung der Wehrleitungen bei dem bisherigen Konzept sei eine neue Information. Sie sollen bei der Erarbeitung des Konzeptes eingebunden werden.

Fraktionsvorsitzender **Henter** (CDU) spricht den Konsens an, dass ein möglichst effizienter Schutz der Bevölkerung gewährleistet werden müsse. Es liegen unterschiedliche Ansichten seitens der ehemaligen BKI und der neuen BKI vor. Im letzten Jahr sei ein Beschluss im Kreisausschuss gefasst worden. Der Landkreis sei überörtlich für den Bereich Brand- und Katastrophenschutz zuständig. Bei der Flutkatastrophe seien die Nachbarlandkreise selber dermaßen eingebunden gewesen, dass sie keine weitere Hilfeleistung für andere Landkreise leisten konnten. Die CDU-Kreistagsfraktion spreche sich weiterhin für vier Wechselladerstandorte im Landkreis aus. Das alte Konzept könne solange bestehen bleiben, bis ein Neues vorliege. Die Zuständigkeiten zwischen Landkreis und Verbandsgemeinden müssten klar sein.

BKI **Petry** empfiehlt, sich an den Vorgaben der ADD Trier auszurichten. Es gelte den Bevölkerungsschutz sicherzustellen.

Kreisausschussmitglied **Trösch** (BfB) plädiert für eine vergleichende Gegenüberstellung des bisherigen und des im Sommer vorliegenden überarbeiteten Konzeptes in der entsprechenden Kreisausschusssitzung.

Landrat **Metzdorf** äußert uneingeschränktes Vertrauen in die Arbeit der beiden anwesenden BKI, die nach einem Konsensprozess durch die Wehrleitungen ernannt worden seien.

Rückblickend stellt Kreisausschussmitglied **Schmitt** (SPD) fest, dass der Katastrophenschutzbereich in der Vergangenheit insgesamt besser aufgestellt gewesen sei. Aus seiner Sicht sei es eine gute Idee, Kooperationsvereinbarungen mit Privatunternehmen abzuschließen, um im Ernstfall Einsatzfahrzeuge vorhalten zu können.

Fraktionsvorsitzende **Sahler-Fesel** (SPD) bringt vor, dass die Kommunikation zwischen den Wehrleuten essentiell sei. Wenn es sich im Sommer um ein abgestimmtes Konzept handle, könne darüber beraten und abgestimmt werden.

Drei von vier Wechselladerstandorte seien bislang umgesetzt worden, so der Fraktionsvorsitzende **Holstein** (FWG). In der Vergangenheit sei bereits ausführlich über diese Angelegenheit beraten worden. Die zu diesem Zeitpunkt amtierenden BKI haben bereits ein Konzept ausgearbeitet. Dies sei bei mehreren Wehrleiterdienstbesprechungen vorgestellt worden. Die Feuerwehren befürworten die Umsetzung des Konzeptes.

Landrat **Metzdorf** weist auf die unterschiedlichen Zuständigkeiten von Verbandsgemeinden und Landkreis im Bereich des Brand- und Katastrophenschutzes hin. Dennoch müsse eine kommunikative Abstimmung zwischen den Ebenen stattfinden. Der Grundschutz dürfe aus haftungsrechtlichen Gründen nicht vernachlässigt werden. Er schlage vor, das überarbeitete Konzept werde seitens der BKI in einer Kreisausschusssitzung im Sommer 2023 vorgestellt.

Aus diesem Grund werde in der heutigen Sitzung kein Beschluss gefasst.

Alle **Anwesenden** sind mit dem Vorschlag des Landrates einverstanden.

11. Informationen und Anfragen

Protokoll:

Kreisausschussmitglied **Rummel** (Bündnis 90/ Die Grünen) begrüßt die aktualisierte Homepage des Landkreises Trier-Saarburg. Dennoch bemängle sie, dass die Informationen zum Atomkraftwerk Cattenom nicht sichtbar genug dargestellt werden.

Landrat **Metzdorf** ist der Auffassung, dass die Informationen transparent dargestellt seien.

Der **Kreisausschuss** nimmt die Informationen zur Kenntnis.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt der Vorsitzende die Sitzung mit einem Dank an die Teilnehmer:innen.

Der Vorsitzende:

Der Protokollführer:

(Stefan Metzdorf)

(Andreas Reichert)